

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anrecht auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 101

Donnerstag, den 2. Mai 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Sonnabend, den 4. Mai 1929, vormittags 11 Uhr sollen in Dhorn, Gasthof zur Eiche, zwangsweise gegen Verzahlung

1 Ratswagen, 2 Ledersofa und 1 Kleiderschrank
meistbietend öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 2. Mai 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Die Wünsche der Kleinrentner

Im Reichstag ist beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zu den fortdauernden Ausgaben der Venderungsantrag eingebracht worden, der Reichstag wolle beschließen, die Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge von 35 Millionen Reichsmark auf 50 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Von dieser Summe sollen 25 Millionen zur unmittelbaren Beihilfe für die Kleinrentner verwendet werden.

Wir wollen nicht die Not der Kleinrentner schildern, wir kennen sie. Wir wissen alle, daß die Inflationszeit die Spargroschen des Mittelstandes nahm, Spargroschen, die oft in Generationen gesammelt worden waren. Es ist nicht richtig, wenn einzelne Stellen immer wieder behaupten, es handele sich um Spargeld Einzelner, die es anlegten — auf Häusern, in Sparkassen, meist mündelsicher und wie es schien, unangreifbar —, um im Alter ohne Not leben zu können. Das Geld der Kleinrentner sollte den Kindern dienen, es sollte ihnen im Lebenskampf helfen, es sollte ihnen das Studium ebenso ermöglichen wie das Ergreifen eines ihnen sonst verschlossenen höheren Berufes, es war das Geld der Familie, die aufstrebend von Generation zu Generation das Gut vermehrte, das von den Vätern hinterlassen war.

Nach der Inflationszeit kam die Aufwertung. Ein Aufatmen ging durch die Schar der Kleinrentner. Um so schwerer war die Enttäuschung, als die Aufwertung nicht die Entschädigung brachte, die von den Verarmten erwartet worden war. Was man erhoffte, war eine gleichmäßige Entschädigung. Sie wurde nicht erreicht. Aufgewertet wurden nur Besitztümer, auf die noch ein direkter Rechtsanspruch nachweisbar war. Nun hatten aber gerade die Vermögenden ihre Guthaben schon in der ersten Zeit der Not von den Banken und Sparkassen abgehoben, sie hatten ihre Hypotheken veräußert. Die Aufwertung gab ihnen nichts.

Und doch haben diese Armen — ebenso wie die Auslandsgeheimen — einen Rechtsanspruch an den Staat, der seine Schulden verlor, je mehr die Währung zerstückelt wurde. Es ist und bleibt ein kaum wieder gut zu machender Fehler, daß die Rechtsansprüche der Kleinrentner nicht geregelt wurden, bevor Deutschland das Dawesabkommen unterzeichnete.

Wollen nunmehr die Kleinrentner den Versuch eines neuen Vorstoßes unternehmen? „Endlich heraus aus der Fürsorge“, war der Satz, unter dem die Bundesversammlung in Stuttgart stattfand. Und nichts anderes wollen sie als ihr Recht. Sie verlangen die Klärung der Frage, ob ein Rechtsanspruch der Rentner an den Staat, ob die Möglichkeit besteht, ihn festzusetzen. Das würde zunächst noch nicht bedeuten, daß den Rentnern Vorteile aus einer Anerkennung des Rechtsanspruches zutommen würden.

Die Klärung ist um so notwendiger, als die letzten Beratungen im Sozialausschuß des Reichstags über das Rentnerversorgungsgesetz wieder gezeigt haben, wie schwierig der Kampf für die Kleinrentner ist. In den Abstimmungen wurde die Reichsregierung ersucht, eine reichsgesetzliche Regelung für die Kleinrentnerfürsorge zu treffen. Es wurde auch der Antrag Dr. Scholz u. Gen. angenommen, die Regierung möge dem Rentner unter Herausnahme aus der Fürsorge einen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Rente zusichern. Es wurde aber zugleich einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, die Erhebung einer Sonderabgabe von den in der Inflation geretteten und neugebildeten Vermögenden — mit angemessenen Sätzen — in Vorschlag zu bringen. Damit war, da der sozialdemokratische Antrag nicht durchführbar ist, auch der Antrag Scholz in Wirklichkeit gefallen.

Kriegs- und Inflationsgewinnler aber erneut zu bereichern, liegt sicher kein Anlaß vor. In Kreisen der Kleinrentner meint man, daß man vielleicht bei einer Regelung der Ansprüche den Tag der Kriegserklärung als Stichtag ansetzen könne. Man schätzt die aus der Vorkriegszeit verloren gegangenen Vermögen auf 140—160 Milliarden. Das ist gewiß ein hohes, ein erschreckend hohes Kapital. Und keiner, der Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse hat, glaubt, daß eine derartige Summe — oder auch nur eine entsprechende Verzinsung — je für die Kleinrentner zur Verfügung stehen könnte.

Dagegen könnte man wohl verlangen, daß der Rechtsanspruch im Rentnerversorgungsgesetz verankert würde.

Blutige Märsche in Berlin und im Reich

In Berlin 8 Tote und 76 Verwundete

Berliner Stimmungsbild.

Das Gesamtbild war das alltägliche. In den frühen Morgenstunden eilten die Nichtfeiernden zu ihren Beschäftigungsorten. Straßenbahnen, Autobusse und Ober- und Untergrundbahnen waren in vollem Betrieb. Erst in der zehnten Morgenstunde änderte sich das gewohnte Bild. In großen Scharen, mit roten Nelken im Knopfloch und roten Kravatten, eilten die feiernden Arbeiter in die Lokale, in denen die Märsche der Gewerkschaften stattfanden. 12 Uhr nachmittags war die kritische Zeit. Die Märsche waren zu Ende, und in großen Schwärmen ergoß sich das Volk auf die Straße. Jetzt begann die Hauptaktion der Polizei. Das Regierungsviertel und das Zeitungsviertel waren vollkommen durch Polizeiposten abgeriegelt. Vorhanden ragten Schilder mit der Aufschrift „Bannmeile“ zwischen den zahlreichen Polizeiposten hervor. Ununterbrochen sausten die fliegenden Bereitschaften durch die Straßen. Durch die eintretende Mittagspause verdichtete sich der Verkehr an den Hauptverkehrsplätzen immer mehr, und überall herrschte eine äußerst nervöse Spannung. In allen Ecken standen große Bereitschaftsautos, die über und über mit Polizei besetzt waren, die aber ruhig abwartete und die sich anammelnden Demonstranten aufforderte, weiterzugehen. 13 000 Berliner Säupos in Uniform und sehr viel Kriminalbeamte boten den immer wieder an Ecken und Plätzen auftauchenden Demonstranten, schon durch ihr Vorhandensein, Schach. Pfeifensignale, Automobilsirenen, kurze Kommandos und hin und wieder ein Schrei oder Niedersturz von jugendlichen Radaubrüdern — dies war der Gesamteindruck an den Hauptverkehrsplätzen Berlins nachmittags um 1 Uhr, also zu einem Zeitpunkt, wo die Kommunisten angedroht hatten, in großen Demonstrationen nach der Stadtmitte vorzustoßen.

Blutige Zusammenstöße in der Reichshauptstadt.

Die Kommunisten zeigten sich gemäß der von den Kommunisten ausgehenden Kampfarole am 1. Mai gegenüber den Anordnungen der Polizei äußerst rabiat. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Jörgiebel, hatte für den 1. Mai Straßendemonstrationen verboten, aber die Kommunisten wollten mit Gewalt die Strafe erkämpfen, was ihnen nicht gelungen ist. Die Polizei, die nunmehr einen sehr schweren Dienst hinter sich hat, war stets Herr der Lage. Leider wurden bei Zusammenstößen am Vorabend des 1. Mai zwischen Kommunisten und Polizeibeamten zwei pflichtgetreue Beamten von Kommunisten verletzt. Ein Polizeiwachmeister wurde von einer Kugel in die rechte Hand getroffen, während ein zweiter Beamter durch einen Messerstich im Hinterkopf verletzt wurde. Durch den Gummiknüppel und Schredschüsse mußten die Kommunisten auseinandergetrieben werden. Der Gummiknüppel mußte in fast allen Gegenden der Reichshauptstadt in Kraft treten.

In der Pantstraße, Ecke Gerichtstraße, mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die Kommunisten vorgehen, da diese eine verbotene Demonstration veranstalten wollten. In der Kastanienallee am „Praetor“ versuchten Kommunisten eine sozialdemokratische Versammlung zu föhren. Ein besonders schwerer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei ereignete sich am Hadeschen Markt, wo ein kommunistischer Angriff von 5 Kommunisten unternommen wurde. Die Beamten machten in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch, und es gab

einen Toten (Bauchschuß) und zwei Verwundete.

Tausende von Menschen versuchten im Norden und Osten Berlins zu demonstrieren. Auch hier wurde von der Polizei geschossen und die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. In der ganzen Stadt wurden Kommunisten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet. Hunderte von verhafteten Kommunisten wurden zum Berliner Polizeipräsidium abgeführt. Den Kommunisten

ist es nicht gelungen, ihre Demonstrationen bis zum Alexanderplatz und dem Potsdamer Platz durchzuführen. Nach der Metallarbeiterversammlung im Sport-Palast versuchten mehrere Tausend Kommunisten zum Potsdamer Platz vorzudringen. Sie wurden mit Gummiknüppeln auseinandergehauen und viele radaulustige junge Kommunisten festgenommen. Auch in Neukölln, der Hochburg des Kommunismus, mußte die Polizei energisch vom Gummiknüppel Gebrauch machen, wie in Friedenau, wo die kommunistischen Demonstranten vor den Gummiknüppeln der Polizei schleunigst die Flucht ergriffen. Unglaublich wüste Szenen spielten sich am Potsdamer Platz ab. Aber auch hier sicherte die Polizei mittels des Gummiknüppels den Verkehr, Ruhe und Ordnung. Hier wurde ein Confilauto, das Aufnahmen herstellte, beschlagnahmt. Unter der verhafteten Besatzung befanden sich auch Russen. Im allgemeinen ließen es die Kommunisten nicht auf das Letzte ankommen und flohen vor der energisch vorgehenden Polizei. In Spandau überfielen die Kommunisten ein sozialdemokratisches Versammlungslokal. Die Polizei stellte aber die Ordnung wieder her und löste alle kommunistischen Demonstrationen auf.

Im Laufe des Tages sind mehrere Personen in die Unfallklinik eingeliefert worden, die bei Zusammenstößen mit der Polizei Schutzverletzungen, u. a. auch Bauchschüsse, davongetragen haben. Das Rettungswesen meldete nachmittags 1 Tote, 19 Verletzte.

Noch immer Schießereien in Neukölln

Berlin, 2. Mai. Um Mitternacht dauern die Schießereien in Neukölln immer noch an. Die Polizei hält weiter das Gebiet Hermannstraße—Boddinstraße abgeriegelt. Von einem eigentlichen Kern der Demonstranten ist nicht zu sprechen. Vielmehr tauchen immer wieder größere oder geringere Trupps auf, die tätlich gegen die Polizei vorgehen. Von der Polizei sind zwei Sonderwagen (Panzerwagen) mit Maschinengewehren nach Neukölln herbeigeführt worden, die durch die gefährdeten Straßen patrouillieren. Hin und wieder geben die Maschinengewehre Schredschüsse ab, worauf alles in die Häuflein flüchtet. Die Straßenbahnlinien durch die Hermannstraße nach Britz sind umgeleitet worden. Die Untergrundbahnstrecke Hermannplatz—Boddinstraße ist gesperrt. Auch in dem nichtabgeriegelten Teil Neuköllns stehen überall erregte Gruppen umher. Es gibt Auseinandersetzungen zwischen SPD-Leuten, die rote Nelken im Knopfloch tragen, und kommunistischen Elementen, denen die SPD-Leute klar zu machen versuchen, weshalb Kühn gezwungen war, die Demonstrationen zu verbieten. Kleinere Trupps von Rotfrontkämpfern, unter ihnen besonders viele Frauen in Windjacken und mit roten Schlipfen fallen auf. Auffällig zahlreich sind die Krankenwagen, die zu den Krankenhäusern Neukölln, Budew und Britz fahren. Wie man hört, sind die auf der Strecke Gebliebenen von den Kommunisten und Rotfrontleuten selbst zum großen Teile abgehleppt worden. Bisher wurden im ganzen 8 Tote und 76 Verwundete geborgen. Auch nach Mitternacht hörte man unentwegt in mäßigen Abständen Schüsse.

Mit Feuerspritzen gegen die Demonstranten.

Die Schulen des Byziums und Realgymnasiums in Weiskensee mußten wegen der Mai-Unruhen am Antonplatz geschlossen werden. Am Alexanderplatz machte die Polizei, um über die Demonstranten Herr zu werden, von Feuerspritzen Gebrauch. Sämtliche Geschäfte am Alexanderplatz, Tieß, Berthelm usw. hatten geschlossen. Autobusse und Straßenbahnen durften auf dem Alexanderplatz nicht halten.

Ein Zwischenfall ereignete sich in Kleins Festsälen in der Hasenheide. Dort hatten Rohrleger eine Versammlung abgehalten. Nach deren Beendigung versuchten etwa 200